DER SCHLÜSSEL ZUR MACHT

KARTEIEN UND ANDERE FINDMITTEL ZU DEN ÜBERLIEFERUNGEN DER STAATSSICHERHEIT

HINFÜHRUNG

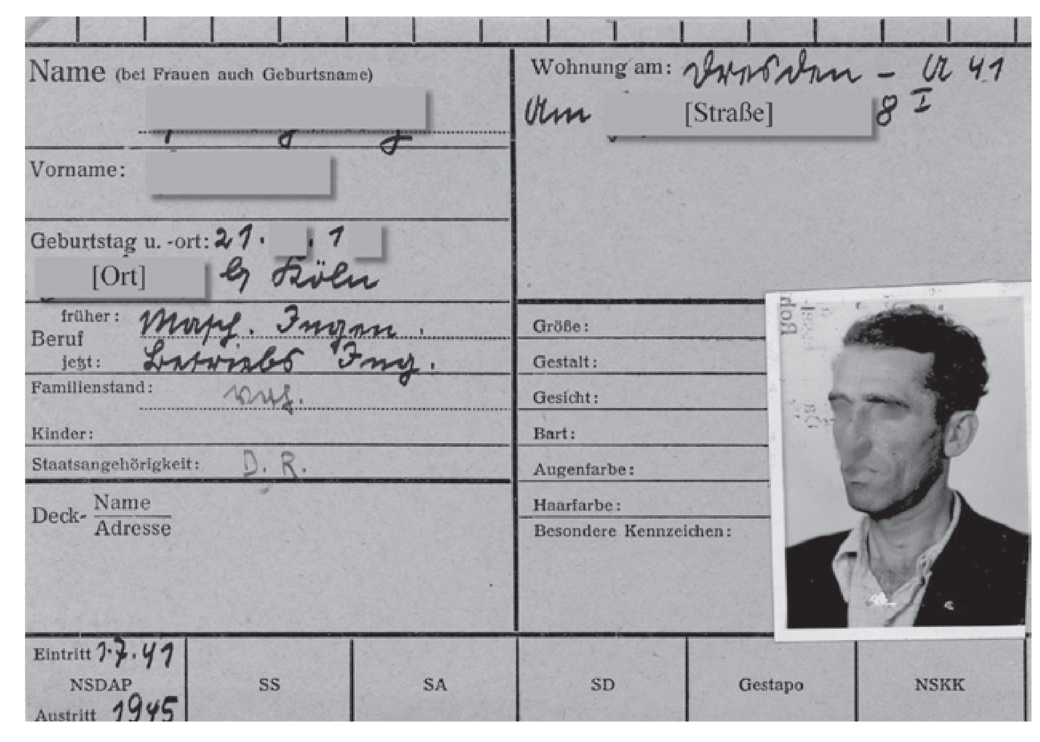
„Großartig ist diese komplizierte Maschine, dieser Universalkontrollapparat eines ganzen Landes aufgebaut. Tausende Nachrichten münden jeden Tag in das Haus […]. Jeder Schwatz wird gemeldet, jeder Brief wird geöffnet. Bei der Armee, bei den Kaufleuten, bei den Deputierten, in der Weinstube und Versammlung horcht der Polizeiminister unsichtbar mit, und alle diese tausend Nachrichten laufen täglich in der Richtung seines Schreibtisches zusammen. Dort werden die teilweise richtigen und wichtigen, teils bloß schwatzhaften Denunziationen geprüft, gesiebt und verglichen, bis sich aus tausend Chiffren klare Nachricht ergibt.“[1]
Mit diesen Worten beschrieb der Dichter Stefan Zweig die Amtsführung Joseph Fouchés, des ersten Leiters eines modernen Geheimpolizeidienstes unter Napoleon Bonaparte. Von der Forschung wird Fouché heute als die Person gesehen, mit der die Polizeiarbeit in der Bedeutung einer Geheimpolizei begann; einer Geheimpolizei, die Individuen und Gruppen identifizierte und beobachtete, die als Gefahr für die staatliche Ordnung gesehen wurden. Typisch für sein Vorgehen war die Erfassung von Personen in Personalbögen, aus denen sich Karteiblätter entwickelten, die in Registraturschränken aufbewahrt wurden.[2]
Man kann diese frühen systematischen Geheimkarteien durchaus als Vorläufer der ausgeklügelten Karteisysteme späterer Geheimdienste wie die des 1950 gegründeten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der Geheimpolizei der DDR, kurz Stasi, ansehen. Als das Ende der SED-Diktatur sich im Herbst 1989 ankündigte, hatte die Staatssicherheit nach 40-jähriger Tätigkeit damit begonnen, die Zeugnisse ihrer Arbeit zu beseitigen. Im Winter 1989/90 gelang es engagierten DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit der Besetzung der Stasi-Dienststellen, die massenhaften Aktenvernichtungen durch MfS-Mitarbeiter einzudämmen. Von den Besetzern gebildete Bürgerkomitees sorgten dafür, dass die Zusammenführung der MfS-Unterlagen in gesicherten Lagerungsorten kontrollierend begleitet wurde.[3] Ihrem beherzten Eingreifen ist es zu verdanken, dass schließlich 158 km Schriftgut des MfS erhalten blieben. Dazu zählen ca. 51 km Akten, die das MfS bereits selbst bis Ende 1989 in ihrem „Zentralarchiv“ und in den „Archiven“ der Bezirksverwaltungen zur Ablage gebracht hatte, und die über die Karteien des MfS personenbezogen zugänglich sind. Hinzu kommt das zum Zeitpunkt der Auflösung im Jahr 1989 noch kurrente Registraturgut, das sich gemeinsam mit den 12 km Karteien auf 60 km summiert. Daneben existieren 47 km Unterlagen auf Sicherungs- und Arbeitsfilmen, die ebenfalls personenbezogen nutzbar sind.
Die ca. 12 km Karteien gliedern sich in 4.475 verschiedene Karteien mit zusammen 39 Mio. Karteikarten, die – zentral wie dezentral geführt – überwiegend personenbezogen Auskunft über Erfassungsverhältnisse geben und auf Akten verweisen können.[4]
Karteien waren im MfS das wesentliche Mittel für das Erfassen, Speichern und Auswerten von personenbezogenen und objektbezogenen Informationen. Sie behielten diesen Status bis zum Ende des MfS, obwohl sich parallel zu ihnen längst elektronische Datenbanken etabliert hatten. Nicht wenige dieser Karteien dienen bis heute als Findmittel. Die wichtigsten Karteien und Datenbanken sollen hier in Grundzügen vorgestellt werden, um anschließend darzulegen, wie der BStU für die Erfüllung seines vom Deutschen Bundestag erteilten Aufarbeitungsauftrags seine Findmittel unter den Bedingungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und des Datenschutzes organisiert und diese soweit möglich Nutzern zur Verfügung stellt.

MFS-KARTEIEN UND DATEIEN – TEIL DER GEWACHSENEN ÜBERLIEFERUNG UND FINDMITTEL

Zentrale Karteien

Die 1950er-Jahre lassen sich als Phase der Entwicklung, der Suche nach geeigneten Strukturen der MfS-Karteien betrachten. Sie waren geprägt von häufigen Veränderungen. Im September 1950 begann die Abteilung Erfassung und Statistik (seit 1952 Abteilung XII) für die zentrale Karteiführung des MfS drei Karteien aufzubauen: eine Kartei (Form A1) der als „feindlich“ angesehenen, in operativen Vorgängen „bearbeiteten“ Personen, eine Kartei (Form B1) der inoffiziellen Mitarbeiter (Abb. 2) und eine Kartei (Form C1) der verhafteten Personen (Abb. 3).[5] Zudem übernahm sie eine Kartei von einer Vorgängerinstitution, den Kommissariaten 5 der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), die seit 1947 für Zwecke der Entnazifizierung genutzt worden war (Abb. 1). Die vier Karteien mit Karteikarten im Format DIN A6 fanden anfangs gemeinsam in einem Stahlschrank und einem Karteischrank Platz. [6]

Abb. 1: Karteikarte aus der Entnazifizierungszeit 1947 bis 1949 als Hinterlassenschaft der Kommissariate 5, einer als politische Polizei unter Aufsicht der sowjetischen Besatzungsbehörden in der SBZ agierenden Vorgängerinstitution des MfS. Deren Karteikarten wurden seit 1950 vom MfS genutzt und bis in die 1970er-Jahre (in den Buchstaben L-Z überwiegend bis heute) in der zentralen Personenkartei des MfS verwahrt. (Hellroter bis ockerfarbener Karton, vom ursprünglichen Format DIN A5 auf DIN A6 beschnitten, Abb. anonymisiert)



Name (bei Frauen auch Geburtsname)
Vorname:
Geburtstag u. -ort: 21. . 1
[Ort]
früher: Beruf jetzt:
Familienstand:
Kinder:
Staatsangehörigkeit: D. R.
Deck- Name Adresse
Wohnung am:
[Straße]
Größe:
Gestalt:
Gesicht:
Bart:
Augenfarbe:
Haarfarbe:
Besondere Kennzeichen:
Eintritt 1.7.41 NSDAP Austritt 1945 | SS | SA | SD | Gestapo | NSKK

Abb. 2: Karteikarte Form B 1, 1950 bis 1954 genutzt für inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Zunächst von der ähnlich aufgebauten Karteikarte F 19 abgelöst, wurde sie 1960 durch die Karteikarte F 16 ersetzt. Karteikarten über inoffizielle Mitarbeiter gehörten seitdem zur zentralen Personenkartei. Im gezeigten Beispiel wurde der damals als „GI" (geheimer Informator) bezeichnete inoffizielle Mitarbeiter im Januar 1950 für die Kreisdienststelle Nauen geworben, die Zusammenarbeit aber schon drei Jahre später eingestellt und die Akte unter der Nummer [BVfS Potsdam AIM] 653/53 abgelegt. (Blauer bis blaugrauer Karton im Format DIN A6, häufig stark ausgeblichen)

1. Name Bathe
2. Vorname Herbert
3. Geburtstag 15.3.20
4. Geburtsort Herzefeld
5. Anschrift Flatow
6. Soziale Herkunft Bauer
7. Arbeitsstelle u. ausgeübter Beruf
Grossbauer in Flatow
8. Nationalität Deutsch
9. Staatsangehörigkeit Deutsch
10. Parteizugehörigkeit CDU
11. Datum der Anwerbung 31.1.50
12. Durch wen angeworben (Abteilung und Name des Mitarbeiters) Böttge
Dst. Nauen
13. Kategorie GJ
14. Karte angelegt durch Lemann
Deckname „Bauer"
Registr.-Nr. 1465
Archiv-Nr. 653/53
Erfaßt:
Der Leiter der Abtlg. (Kreisdienststelle)
Potsdam
Unterschrift
Form B 1/52

1 Stefan Zweig: Joseph Fouché. Bildnis eines politischen Menschen. Frankfurt am Main 1986, S. 118-119.

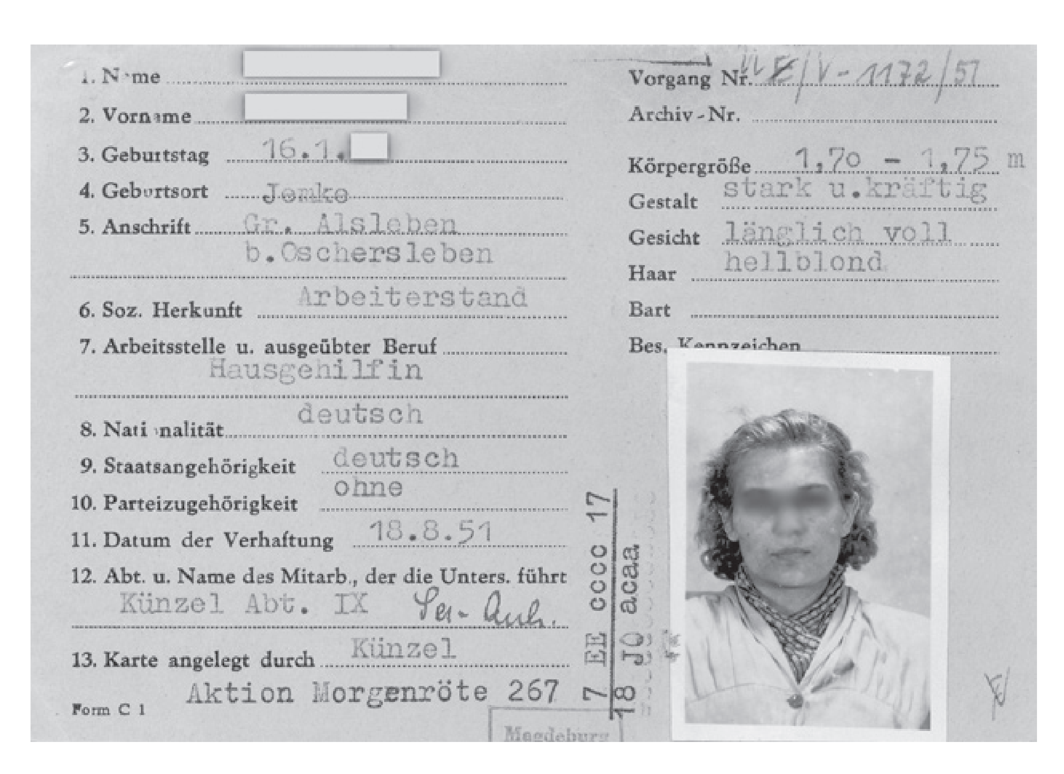
2 Zur historischen Einordnung der Amtsführung Fouchés siehe u. a.: Wolfgang Krieger: Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur CIA, München 2009, insbes. S. 99 ff.

3 Zur friedlichen Revolution und den Besetzungen von Dienststellen der Staatssicherheit siehe die Beiträge in Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009; Jens Schöne: Die Friedliche Revolution. Berlin 1989/90 – Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2009; Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2. Aufl. München 2009; sowie die nahe am damaligen Geschehen geschriebene und noch immer sehr eindrucksvolle Darstellung von Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991, mit den Kapiteln „Der Prozeß der Auflösung", „Die Akteure der Auflösung", „Fallbeispiele der Auflösung" und „Bilanz der Auflösung" längst selbst eine Quelle.

4 Zehnter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2011, S. 29-49; Birgit Salamon: Das archivische Erbe der DDR-Staatssicherheit. Ein Überblick, in: Volker Hirsch (Hrsg.): Das Archivwesen der DDR. Was bleibt? Eine Bilanz 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Archivwissenschaftliches Kolloquium der Archivschule Marburg, Marburg 2011 [im Druck]. Zu den bereits vom MfS archivierten Unterlagen allgemein vgl.: Stephan Wolf: Die Bestände der Abteilung XII des Ministeriums für Staatssicherheit. Ihre Entstehen, ihr Charakter und ihre Nutzung. Diplomarbeit FH Potsdam, 2010 [ungedr.]; Zum sogenannten Archivbestand 5, der „Geheimen Ablage", siehe Karsten Jedlitschka: Die Geheime Ablage der Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Volker Hirsch (Hrsg.): Das Archivwesen der DDR. Was bleibt? Eine Bilanz 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Archivwissenschaftliches Kolloquium der Archivschule Marburg, Marburg 2011 [im Druck].

5 Befehl Nr. 1/50 über die Schaffung einer Abteilung Erfassung und Statistik und über das Inkraftsetzen der Richtlinien vom 20. September 1950, BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 0001 in Verbindung mit den zugehörigen drei Richtlinien GVS-Nr. 8/50, 9/50 u. 10/50, BStU, MfS BdL/Dok. Nrn. 2505, 2506 u. 2508.

6 Schulungsmanuskript über den Aufbau der Zentralkartei und ihre Entwicklung v. 28. April 1976, S. 5; Vortragsmanuskript „Grundsätze der Führung von Karteien in den Abteilungen XII" v. Mai 1981, BStU, MfS Abt. XII Nr. 2599, hier S. 8-9.



1. Name
2. Vorname
3. Geburtstag 16.1.
4. Geburtsort Jemko
5. Anschrift Gr. Alsleben b.Oschersleben
6. Soz. Herkunft Arbeiterstand
7. Arbeitsstelle u. ausgeübter Beruf Hausgehilfin
8. Nationalität deutsch
9. Staatsangehörigkeit deutsch
10. Parteizugehörigkeit ohne
11. Datum der Verhaftung 18.8.51
12. Abt. u. Name des Mitarb., der die Unters. führt Künzel Abt. IX
13. Karte angelegt durch Künzel

Aktion Morgenröte 267

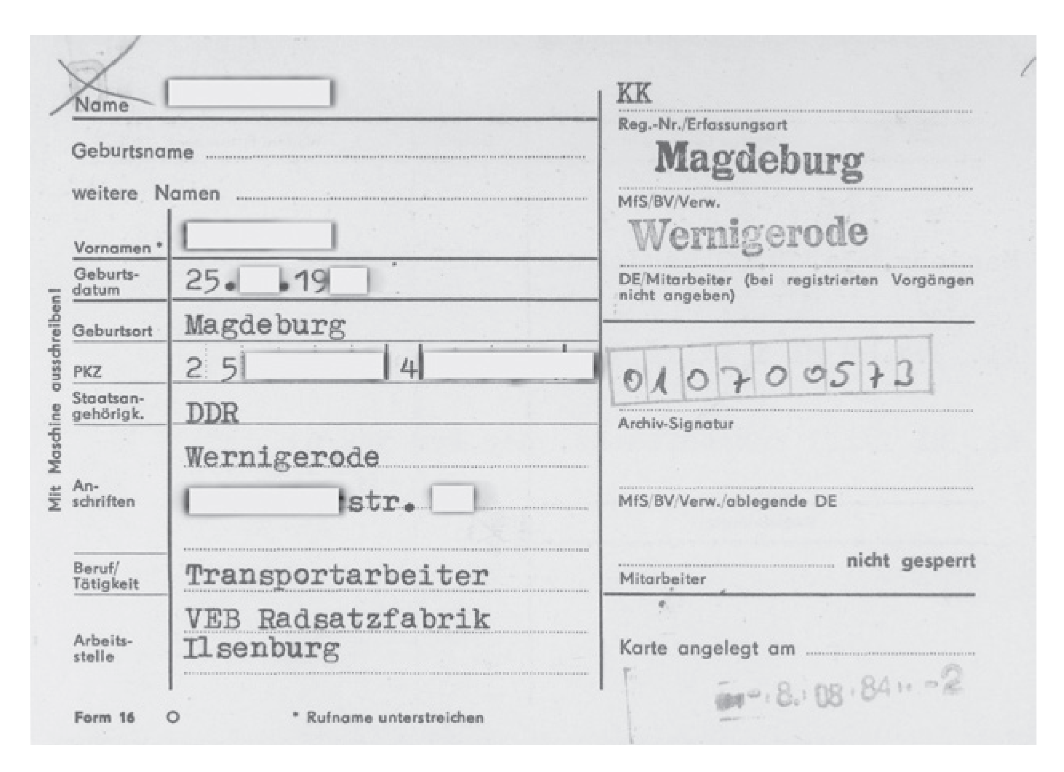
Form C 1

Vorgang Nr.
Archiv-Nr.
Körpergröße 1,7o - 1,75 m
Gestalt stark u.kräftig
Gesicht länglich voll
Haar hellblond
Bart
Bes. Kennzeichen

Magdeburg

Abb. 3: Karteikarte Form C 1 für von der Stasi verhaftete Personen, genutzt von 1950 bis 1954, dann von der ähnlich gestalteten Karteikarte F 18 abgelöst, schließlich 1960 durch die Karteikarte F 16 ersetzt. Im vorliegenden Fall wurde die junge Frau im August 1951 im Kontext der „Aktion Morgenröte", das hieß, der „Absicherung" der III. Weltfestspiele durch das MfS verhaftet und ein Untersuchungsvorgang (UV 1172/51) eingeleitet. Auf der Rückseite ist als Grund vermerkt: Sie hätte versucht, den Radiosender RIAS aufzusuchen. Allein dafür wurde sie zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. (Hellroter Karton im Format DIN A6, oft stark ausgeblichen, Abb. anonymisiert)

Seit 1953 wurden die Karteien wegen des besseren Zugriffs in eigens angefertigten großen Holztrögen auf Gestellen gelagert und genutzt, sie waren im Umfang bereits angewachsen und stark frequentiert. Gleichzeitig waren die Karteien der als feindlich „bearbeiteten" und der verhafteten Personen in einer „Belastetenkartei" zusammengeführt worden; die Kartei der inoffiziellen Mitarbeiter blieb zunächst separiert.[7] Diese getrennte Aufstellung diente in den 1950er-Jahren der Unterscheidung von „Freund" und „Feind", die sich auch in der Farbe der Karteikarten ausdrückte: gelb für operativ „bearbeitete" Personen (Form A1, seit 1954 F 16), rot für Untersuchungsvorgänge, Haftsache oder Festnahme (Form C1, seit 1954 F 18), blau und hellgrau für inoffizielle Mitarbeiter (Form B1, seit 1954 F 19). Entsprechende Farben gab es zeitgleich für die zugehörigen Akten.
Schon 1954 wurde die gerade erst eingerichtete Belastetenkartei F 16/F 18 um eine neue Kartei ergänzt: eine nach Registriernummern geordnete Vorgangskartei F 22 für die Vorgangsdaten aller operativen- und Untersuchungsvorgänge sowie für die Kontrolle über jeweils zuständige Mitarbeiter und die Bewegung dieser Vorgänge. In Ersterer wurden Personendaten erfasst, in Letzterer die über diese Personen angelegten Vorgänge registriert. Mit der Aufteilung von Personen- und Vorgangsdaten auf zwei Karteien sollte sich nicht nur die „Konspiration" und Geheimhaltung erhöhen, sondern die Änderung von Vorgangsdaten einfacher sein: Statt mehrerer Personenkarteikarten war nur noch eine Vorgangskarteikarte zu ändern.[8] Für die geordnete Registrierung der eröffneten Vorgänge bestanden schon zuvor Registrierbereiche, gegliedert in die vierzehn Bezirksverwaltungen, die Verwaltung Wismut sowie die Zentrale des Ministeriums (einschließlich der Verwaltung Groß-Berlin). 1954 erhielt zudem die Hauptabteilung I (Militärabwehr) einen eigenen Registrierbereich.[9]
Neben den genannten Karteien existierten seit Anfang der 1950er-Jahre eine Decknamenkartei mit Karteikarten F 20 (später F 77) für Decknamen der verschiedenen Arten operativer Vorgänge, eine Kartei der „antidemokratischen Parteien, Organisationen, Zentren der Geheimdienste und anderer Objekte" mit Karteikarten F 17, später bezeichnet als Feindobjektkartei, und eine statistische Kartei für die Ermittlung der Anzahl bearbeiteter Vorgänge und erfasster Personen.[10]
Umfangreiche Veränderungen traten 1960 ein, sie prägten die Art der zentralen Karteiführung in den folgenden drei Jahrzehnten: Die bisherigen Vorgangsarten wurden reduziert, gleichzeitig verloren die bis dahin genutzten Formulare für Karteikarten ihre Gültigkeit und wurden durch neue, nun gleichfarbige Formulare ersetzt. Die Belastetenkartei und die Kartei der inoffiziellen Mitarbeiter wurden zusammensortiert. Dafür fand ein Austausch der Personenkarteikarten von allen aktiven[11] inoffiziellen Mitarbeitern in die neuen gelben Formulare F 16 statt, eine Unterscheidung von „Freund" und „Feind" war anhand der Farbe nicht mehr möglich.[12] Die so geschaffene Personenkartei F 16 (Abb. 4) galt als „neutralisiert" und in der Geheimhaltung verbessert.[13] Gleichzeitig fanden die Vorgangsdaten inoffizieller Mitarbeiter (IM) Aufnahme in die Vorgangskartei F 22. Mit dieser „Neutralisierung" setzte sich ein Karteisystem durch, das bis zur Auflösung des MfS Bestand haben sollte: Eine zentralen Personenkartei mit gelben Karteikarten F 16 für die Erfassung von Personendaten, zudem eine Vorgangskartei mit ebenfalls gelben Karteikarten F 22 für die Registrierung von angelegten Vorgängen. Erstere ließ keinen Rückschluss auf die Art des Vorgangs mehr zu, letztere keinen mehr auf die erfasste Person. Davon abweichende Karteikarten gab es nur noch in Ausnahmefällen. Beispielsweise wurden 1961 (passender Weise) grüne Karteikarten für die Erfassung von Grenzgängern angelegt.[14]
Zu den zentralen Karteien gehörten zudem die Straßenkartei (F 78) und die Objektkartei (F 80), die beide der Erfassung konspirativer Wohnungen und Objekte des MfS dienten. Bis auf die



Name
Geburtsname
weitere Namen
Vornamen *
Geburtsdatum 25. .19
Geburtsort Magdeburg
PKZ 2 5 4
Staatsangehörigk. DDR
Anschriften Wernigerode
str.
Beruf/Tätigkeit Transportarbeiter
Arbeitsstelle VEB Radsatzfabrik Ilsenburg
Mit Maschine ausschreiben!
Form 16
* Rufname unterstreichen

KK
Reg.-Nr./Erfassungsort
Magdeburg
MfS/BV/Verw.
Wernigerode
DE/Mitarbeiter (bei registrierten Vorgängen nicht angeben)
01 07 0 0573
Archiv-Signatur
MfS/BV/Verw./ablegende DE
Mitarbeiter nicht gesperrt
Karte angelegt am 8. 08. 84

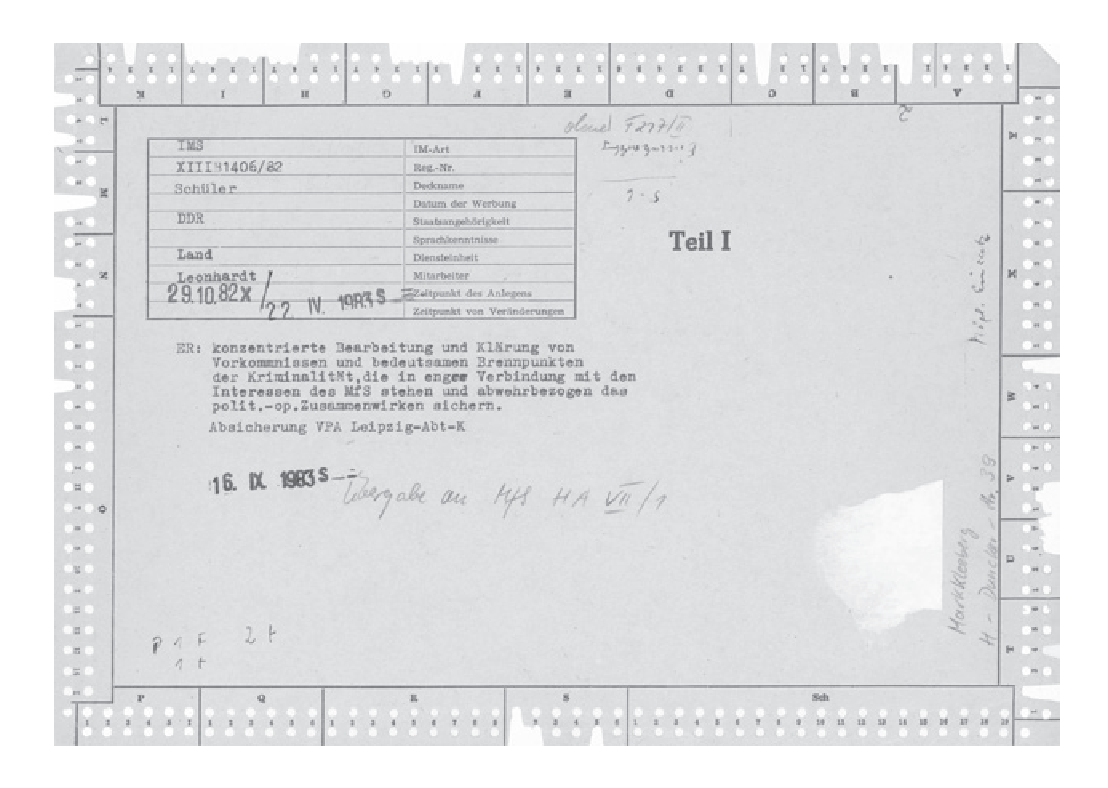
Abb. 4: Karteikarte F 16. Sie hatte seit 1954 ihren Vorgänger Form A 1 für die Erfassung von Personen, denen eine „feindliche Tätigkeit“ unterstellt wurde, abgelöst und galt seit 1960 für alle zentralen Erfassungen von Personendaten. Hier in der Druckfassung der 1980er-Jahre mit Personenkennzahl und gestempeltem Schlüssel der Erfassungsdaten: 01 für Erfassung in einer Kerblochkartei (KK), die Ziffern 0700573 als Diensteinheitenschlüssel für die erfassende Kreisdienststelle Wernigerode. Welchem Interesse an der Person die Erfassung in einer Kerblochkartei folgte, lässt sich aus den Daten der F 16 nicht ersehen. (Gelber Karton im Format DIN A6, Abb. anonymisiert)

Objektkartei mit Karten im Format DIN A4 quer bestanden alle zentralen Karteien aus Karteikarten im Format DIN A6 quer und waren je nach Verwendungszweck unterschiedlich bedruckt.
Die Karteikarten waren im MfS keine Dokumente mit Urkundencharakter, sondern bloßes Arbeitsinstrument für die sogenannte „politisch-operative“, also geheimpolizeiliche Tätigkeit. Sie erfuhren nicht nur durch neue oder aktualisierte Erfassungen, sondern auch durch den Austausch abgegriffener oder veralteter Karten ständige Veränderung und Erneuerung. Im Laufe des 40-jährigen Wirkens des MfS mischten sich ältere Formulare und Erfassungsvermerke mit neu gestalteten. Daraus ergab sich ein recht differenziertes Bild, dessen richtige Auswertung großer Aufmerksamkeit und Erfahrung bedarf, um für die heutigen vielfältigen Aufarbeitungsinteressen zutreffende Auskünfte zu liefern und den Aktenzugang zu ermöglichen.

Dezentrale Karteien

Das MfS bestand aus zuletzt 44 selbständigen Hauptabteilungen, Abteilungen und Gruppen in der Stasi-Zentrale sowie deren fachlich nachgeordneten Diensteinheiten in 15 Bezirksverwaltungen, 209 Kreis- und 7 Objektdienststellen. Über die im vorherigen Abschnitt dargestellten zentralen Karteien hinaus führte jede dieser Diensteinheiten eigene, sogenannte dezentrale Karteien. Die wichtigsten davon sollen hier kurz vorgestellt sein.
Seit den 1960er-Jahren kamen vor allem Kerblochkarten als Handlochkarten im Format DIN A4 mit je nach Verwendungszweck unterschiedlichen Aufdrucken zur Anwendung: als Personenkerblochkartei, als IM-Vorauswahlkartei (Abb. 5), als Kfz-Kartei (alle im Querformat) oder als Deliktekartei (im Hochformat). In die Personenkerblochkartei wurden, getrennt nach Provenienz Ost oder West, Personen aufgenommen, die in irgendeiner Form ins Blickfeld des MfS geraten waren; das konnte sowohl der Verdacht einer „feindlichen“ Tätigkeit sein, als auch das Interesse des MfS an einer perspektivischen Zusammenarbeit. Die IM-Vorauswahlkartei diente, wie der Name vermuten lässt, der Vorauswahl eines IM mit bestimmten Merkmalen, die diesen für eine zu übertragende Aufgabe geeignet erscheinen ließen; sie sollte dem MfS also gewissermaßen die Personalplanung für „konspirative“ Einsätze erleichtern. In der Kfz-Kartei wurden sicherheitspolitisch aufgefallene Kennzeichen von Kraftfahrzeugen, beispielsweise der Militärverbindungsmissionen der Alliierten, erfasst. In der Deliktekartei schließlich wurden alle Vorfälle gespeichert, in denen das MfS als Untersuchungsorgan tätig geworden war. Delikte oder Tathergänge mit gleichen Merkmalen konnten mittels der Deliktekartei schnell miteinander in Verbindung gebracht werden.

7 Lektion für die interne Schulung über Zweck und Aufbau der Karteien v. 1953. BStU, MfS AS 20/62, hier S. 150-152.
8 Lektion für die interne Schulung über die Bedeutung der Vorgangskartei, 1954. BStU, MfS AS 20/62, hier S. 131-140.
9 Über die Registrierbereiche siehe die Übersicht im Abkürzungsverzeichnis, S. 92, unter www.bstu.bund.de/DE/Service/Abkuerzungsverzeichnis/abkuerzungen-komplett.pdf?__blob=publicationFile (24.08.2011).
10 Richtlinie GVS-Nr. 90/54 über die operative Erfassung und Statistik in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit des Ministeriums des Innern der DDR vom 12. Dezember 1953. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3032.
11 Als aktiv erfasst galten alle IM, mit denen das MfS mehr oder weniger regelmäßig arbeitete. Im Unterschied dazu war bei passiv erfassten IM die Zusammenarbeit bereits eingestellt worden; für diese blieben die alten Karteikarten erhalten.
12 Schreiben über Veränderungen im System der operativen Erfassung v. 20.05.1960. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3030.
13 Schulungsmanuskript über den Aufbau der Zentralkartei und ihre Entwicklung v. 28. April 1976, S. 9; Vortragsmanuskript „Grundsätze der Führung von Karteien in den Abteilungen XII“ v. Mai 1981, BStU, MfS Abt. XII Nr. 2599, hier S. 15.
14 Die Farbe Grün weckt hier vielfältige Assoziationen: Grün als Waffenfarbe der Grenztruppen, Grün als Ampelfarbe für „Gehen“ bzw. „Freie Fahrt“, doch auch mit dem „grünen Band“, das heute den Verlauf der ehemaligen Grenze in der Landschaft markiert.



IMS	IM-Art
XIII 1406/82	Reg.-Nr.
Schüler	Deckname
	Datum der Werbung
DDR	Staatsangehörigkeit
	Sprachkenntnisse
Land	Diensteinheit
Leonhardt /	Mitarbeiter
29.10.82 X / 22. IV. 1983 S	Zeitpunkt des Anlegens
	Zeitpunkt von Veränderungen

Teil I

ER: konzentrierte Bearbeitung und Klärung von Vorkommnissen und bedeutsamen Brennpunkten der Kriminalität, die in enger Verbindung mit den Interessen des MfS stehen und abwehrbezogen das polit.-op. Zusammenwirken sichern.

Absicherung VPA Leipzig-Abt-K

16. IX. 1983 S Übergabe an MfS HA VII/1

Abb. 5: Kerblochkarteikarte der IM-Vorauswahlkartei (IMVAK). Vermerkt sind Daten über einen inoffiziellen Mitarbeiter für Sicherungsaufgaben (IMS) mit dem Decknamen „Schüler", der – für die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig registriert – im Volkspolizeiamt Leipzig tätig war, und seine vorgesehene Einsatzrichtung („ER"). Die Daten wurden gleichzeitig am Rand mittels flacher und tiefer Kerben nach einem verbindlichen Schlüssel gespeichert; die meisten Randnotizen im Beispiel beziehen sich auf diese Kerbungen. Über den Schlüssel waren die gekerbten Merkmale wieder abrufbar und ließen sich für die Auswahl eines geeigneten IM für einen bestimmten Auftrag nutzen. Im Beispiel dokumentiert die Bleistiftnotiz in der Mitte der Karte die Übergabe der Zuständigkeit für den IMS im September 1983 von der Kreisdienststelle Leipzig Land an die Hauptabteilung VII/1 des MfS, zuständig für die Abwehrarbeit in der Deutschen Volkspolizei; offenbar war der IMS in seiner Bedeutung für das MfS aufgestiegen. Die Notiz am oberen Rand „ohne F217/II" verweist darauf, dass kein verfilmter Auskunftsbericht gefertigt wurde. Die Karten der IMVAK wurden als Teil I (wie im Beispiel) und als Teil II mit reduziertem Kopfteil gedruckt. Offenbar korrespondierend zu den IM-Akten war Teil I für Daten über die Person des IM vorgesehen und Teil II für die von ihm beschafften Informationen. IMVAK, Teil II sind kaum überliefert, wurden wohl auch selten genutzt. Offensichtlich hatten die Karten Teil I eine größere Aussagekraft für den Zweck der Vorauswahl. (Ungebleichter Karton im Format DIN A4 quer)

Kerblochkarten trugen zwei gestanzte Lochreihen am Kartenrand. Die Lochreihen gliederten sich in Felder und Paare, deren Löcher zur Speicherung von Informationen zum Kartenrand hin flach (äußere Reihe) oder tief (innere Reihe) nach einem verbindlichen Schlüssel gekerbt wurden. Sie bedurften keiner inneren Sortierung. Bei der Auswertung wurde eine Selektionsnadel in das Loch für das abgefragte Merkmal geschoben und der Kartenblock angehoben oder gekippt. Auf das Merkmal zutreffende Karten fielen dabei heraus. Mit Selektionsgabeln ließen sich mehrere Merkmale gleichzeitig abfragen. Selektionsgeräte für komplexe Abfragen an einem Kartenrand konnten bis zu 350 Kerblochkarten gleichzeitig aufnehmen. Die Kerblochkarten wurden, um größere Informationsmengen verfügbar zu halten, u. a. durch sogenannte zentrale Materialablagen (ZMA) der Diensteinheit ergänzt. Das waren Aktenmappen, in die Schriftstücke über eine Person oder einen Sachverhalt abgeheftet wurden. Wie diese Kerblochkarteien zu führen und zu nutzen waren, bestimmte der umfangreiche Befehl Nr. 299/65 mit mehreren Anlagen, Durchführungsbestimmungen und Ergänzungen; er galt weitgehend bis 1982. Kerblochkarteien blieben jedoch darüber hinaus in einigen Diensteinheiten bis zur Auflösung in Gebrauch.[15]

Im Mai und Juni 1974 begann der Aufbau von Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH-Karteien) in allen operativen Diensteinheiten des MfS und der Bezirksverwaltungen sowie in den Kreis- und Objektdienststellen. Es handelte sich um eine alphabetisch geordnete Personennamenkartei im Format DIN A6. Sie bestand aus roten Vorverdichtungs- und Suchkarten F 401 und weißen Hinweiskarten F 402. Auf der Karte F 401 sollten alle Personen erfasst werden, die von der karteiführenden Diensteinheit geheimpolizeilich „bearbeitet" wurden. F 402 wurden benutzt, wenn eine Person bereits von einer anderen Diensteinheit „aktiv erfasst" war, also aktuell „bearbeitet" wurde: Die Karte wurde dann an diese Diensteinheit gegeben und dort in die VSH-Kartei eingeordnet. Die abgebende Diensteinheit hatte damit ihr Interesse an der Person dokumentiert und erhielt umgehend einen Hinweis, wenn erneut Informationen vorlagen. Die damit erreichte Vernetzung der Diensteinheiten untereinander sollte diesen eine höhere Selbstständigkeit in der Speicherung personenbezogener Daten gewähren. Gleichzeitig wurde damit die Datenbasis, also die Menge der erfassten Personen, enorm verbreitert, das MfS kam seinem Ziel einer „lückenlosen Erfassung" von „politisch-operativ" interessierenden Personen einen großen Schritt näher.

Neben den Daten zur Person enthielten die Karteikarten Angaben über den zuständigen MfS-Mitarbeiter, den Erfassungsgrund und als „operativ bedeutsam" erachtete Informationen – für die ein Schlagwortkatalog entsprechende Abkürzungen vorhielt –, zudem Verweise auf vorliegende Erfassungen, z. B. in der zentralen Personenkartei F 16, in einer Datenbank, in einer Sichtlochkartei oder auf Unterlagen in der zentralen Materialablage der Diensteinheit. Die VSH-Karteien blieben bis zum Ende des MfS die wichtigsten Arbeitskarteien operativer Diensteinheiten.[16]
Seit Mitte der 1970er-Jahre begannen operative Diensteinheiten mit der Einführung der Sichtlochkartei. Sie sollte die Kerblochkartei ablösen und bestand wie diese aus Handlochkarten im Format DIN A4. Die Sichtlochkartei war ein von Hand betriebenes Registraturmittel auf der Basis von Deskriptoren. Im MfS gehörten sie zu einem System, neben den Sichtlochkarten bestehend aus dem Deskriptorenverzeichnis, einer Dokumentenkartei F 404/F 405 und Akten in einer zentralen Materialablage der Diensteinheit. Für jeden Deskriptor wurde eine Karteikarte angelegt. Jede Karte enthielt 7.000 Lochfelder. Jedes Lochfeld stand für eine Nummer. Einer zu speichernden Information wurden mehrere Deskriptoren zugewiesen und die vergebene Ablagenummer auf der entsprechenden Karte mit einem Handbohrer abgelocht. Für die Abfrage bestimmter Informationen wurden dafür zutreffende Deskriptoren ausgewählt und die entsprechenden Karten übereinandergelegt. Lochfelder, die eine Durchsicht boten, offenbarten übereinstimmende Merkmale. Die über ein Raster ablesbare Nummer des Lochfelds verwies auf die numerisch geordneten Dokumentenkarten, ggf. auf eine Akte in der zentralen Materialablage und die darin aufgezeichneten Informationen. Die Sichtlochkartei diente wie zuvor die Kerblochkartei vor allem der Speicherung und Verdichtung operativ erhobener Informationen und deren Auswertung in Lage- und Jahresberichten, aber auch der Vorauswahl von inoffiziellen Mitarbeitern.[17]

Elektronische Datenspeicher

Seit Mitte der 1960er-Jahre befasste sich das MfS mit elektronischer Datenspeicherung. Sukzessive wurden verschiedene Datenbanksysteme geschaffen und ständig weiterentwickelt. Die für zentrale Erfassung, Auskunft und Datenspeicherung zuständige Abteilung XII führte 1975 die EDV-Anwendung „System der automatischen Vorauswahl" (SAVO) zunächst als Hilfsmittel für ihre Überprüfungs- und Auskunftserteilung ein. Zuvor waren dafür sechs Jahre lang alle Grunddaten aus der Personenkartei F 16 in eine Datenbank übertragen worden.[18] SAVO diente seitdem zunächst dazu, alle Überprüfungsersuchen herauszufiltern, zu denen die abgefragten Personen nicht erfasst, also in der Personenkartei F 16 wie in der diese spiegelnden Datenbank nicht gespeichert waren. Das Prüfergebnis „nicht erfasst" konnte anschließend zügig und direkt übermittelt werden. Die manuelle Prüfung in der Personenkartei beschränkte sich damit auf die als „erfasst" ausgewiesenen Personendaten. Die Durchlaufzeit von Überprüfungsersuchen einer Kreisdienststelle bei der Abteilung XII des MfS verringerte sich dadurch zwar erheblich, betrug aber immer noch für heutige Maßstäbe vernetzter Informationsflüsse unglaubliche 12-15 Tage für nicht erfasste Personen und gar 21 Tage für erfasste. Zwischen 1975 und 1979 ermöglichte SAVO dem MfS 10 Mio. Personenüberprüfungen; seit 1979 waren alle im MfS gängigen Überprüfungsarten in die EDV-Recherche einbezogen. Bereits seit 1977 erarbeitete Erweiterungen wurden schließlich vor 1984 eingeführt als „automatische Auskunftserteilung". Damit konnten, bei festgestellter Identität von abgefragten und gespeicherten Personendaten, vorbereitete „Auskunftsinformationen" direkt ausgedruckt und bereitgestellt werden. Grundlegende Erweiterungen wurden 1986 als SAVO 2.0 mit größerer Kapazität und neuen Funktionen eingeführt: SAVO 2.0 enthielt weitgehend alle Daten der Personenkartei F 16, manuelle Recherchen wurden nahezu unnötig. Die Weitergabe von Überprüfungsersuchen und Auskünften mittels Kurier wurde durch Datenfernübertragung (DFÜ) über Fernschreibverbindungen ersetzt; die Durchlaufzeiten verringerten sich auf drei bis sechs Tage für „erfasst" und einen Tag für „nicht erfasst". Gleichzeitig diente SAVO 2.0 im Zusammenwirken mit der Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotels) der Überprüfung von einreisenden Personen aus dem westlichen Ausland und Polen. Die Menge der täglichen Überprüfungsersuchen stiegen von 1979 bis 1987 auf mehr als das Doppelte.[19]
Zwar konnte SAVO 2.0 die Aufgaben der Personenkartei F 16 schneller leisten, sollte diese aber nicht ersetzen. Die Karteien enthielten trotz aller Dateneingaben noch immer mehr Detailinformationen, waren bei dringenden Anfragen schneller verfügbar und vor allem weniger störanfällig, somit – militärisch ausgedrückt – unter allen Lagebedingungen nutzbar.[20] Beide Datenspeicher – Karteien und Datenbank – wurden bis zum Ende des MfS parallel gepflegt und miteinander abgeglichen. Für Ersterfassungen und bei Änderung der Erfassungsdaten ließen sich seit 1986 aus SAVO 2.0 für die EDV modifizierte Karteikarten F 16 ausdrucken, die dann in die Personenkartei einsortiert wurden.[21]

15 Befehl Nr. 299/65 v. 24. Juli 1965, Anl. 1 Nr. 10 a, zudem die Anlagen 3, 4 u. 6. BStU, MfS BdL/Dok. Nrn. 3904, 3906, 3908 u. 3909; 2. Durchführungsbestimmung v. 20. Mai 1974 zum Befehl Nr. 299/65. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3902; Herstellerprospekt v. 1969. BStU, MfS ZAIG Nr. 16527; Herstellerprospekt 1970er-Jahre. BStU, MfS Abt. XII Nr. 8238; Verschlüsselungsmethode der Kerblochkartei. BStU, MfS Abt. XII Nr. 5947; Erich Magritz u. a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Organisation und Technik der Verwaltungsarbeit. Berlin 1975, S. 159-160, 190 u. 219.

16 3. Durchführungsbestimmung v. 20. Mai 1974 zum Befehl Nr. 299/65. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3903; Dienstanweisung Nr. 1/80 v. 20. Mai 1980 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, Nr. 2.1. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 5221; Anforderungen an die weitere Erhöhung der operativen Wirksamkeit der VSH-Karteien v. 10. Februar 1989. BStU, MfS Abt. XII Nr. 1903.

17 Anlage 7 v. 20. März 1975 zum Befehl 299/65. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3910; Herstellerprospekte zum SLK-Verfahren, Lesegerät und Sichtlochbohrer v. 1969-1973. BStU, MfS ZAIG Nr. 7922; Vortrag über das SLK-Verfahren. BStU, MfS ZAIG Nr. 7051; Erich Magritz u. a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Organisation und Technik der Verwaltungsarbeit, Berlin 1975, S. 159-160 u. 319; Steffen Rückl/Georg Schmoll (Hrsg.): Lexikon der Information und Dokumentation, Leipzig 1984, S. 164-165 u. 278-280.

18 Dem soll eine bisher nicht ermittelte Weisung des späteren Stellvertreters des Ministers, Generalmajor Alfred Scholz, aus dem Jahre 1967 vorausgegangen sein. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2804, S. 1.

19 Studie über die weitere Nutzung der EDV in der Abteilung XII v. Dezember 1977. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2804, S. 1-17; Rahmenkonzeption über Nutzung des Bürocomputers für die elektronische Erfassung und Änderung von Personendaten bei gleichzeitigem Druck der Karteikarten F 16 v. 4. November 1985. BStU, MfS Abt. XII Nr. 3060, S. 1-15; Tafeln aus dem damaligen „Traditionskabinett" der Abteilung XII. BStU, MfS Abt. XII Nr. 4579; Linieninformationen XII Nr. 1/86, Teil D, Bl. 2 über automatische Auskunftserteilung im SAVO. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2886; Berichterstattungen der Abteilung XII zur Erfüllung des Jahresarbeitsplans v. 26. Juli 1979 und zum 30 Jahrestag der DDR v. 14. Februar 1980 mit statistischen Daten über SAVO. BStU, MfS Abt. XII Nr. 3183, S. 28-35.

20 Schulungsmanuskript über „Aktuelle Aspekte der Arbeit mit den Hauptkarteimitteln der Abteilung XII – Personen- und Vorgangskarteien" v. April 1987. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2919, hier S. 22-24.

21 Rahmenkonzeption über Nutzung des Bürocomputers für die elektronische Erfassung und Änderung von Personendaten bei gleichzeitigem Druck der Karteikarten F 16 v. 4. November 1985. BStU, MfS Abt. XII Nr. 3060, S. 1-15; Linieninformationen XII Nr. 1/86, Teil D, B. 10 u. 11 über EDV-Vordrucke. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2886.

Neben die Datenbank SAVO der Abteilung XII traten seit 1979 das elektronische Datenspeichersystem SOUD[22] und seit 1980/1981 die Zentrale Personendatenbank (ZPDB), beide geführt von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), zudem in der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) bereits seit 1974 die Datenbank SIRA[23].
Über die ZAIG lohnt ein kurzer Exkurs für das weitere Verständnis. Sie war 1953 als Konsequenz aus den revolutionären Ereignissen um den 17. Juni bereits am 7. August als Informationsgruppe gegründet worden; über mehrere Zwischenstationen ging daraus 1965 die ZAIG hervor. Ihre Aufgabe bestand im Analysieren, Auswerten und Aufbereiten der durch das MfS beschafften Informationen zu Berichten an den Minister für Staatssicherheit und an die Partei- und Staatsführung der DDR, zudem in der Anleitung, Qualifizierung und Kontrolle der gesamten Informationstätigkeit im MfS.[24] Diese „Gruppe" beschäftigte sehr viel mehr Mitarbeiter als die für die zentralen Karteien und die Archive des MfS zuständige Abteilung XII, sie hatte letztlich sogar die Fachaufsicht über die Abteilung XII. Für diese stellte die ZAIG mit ihren modernen Datenbanken eine ernstzunehmende, in dieser Hinsicht noch kaum erforschte Konkurrenz zur Informationsverwaltung in Karteien und Akten dar.
SOUD, das System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner, war eine Datenbank, über die 1977 die Geheimdienste Bulgariens, der DDR, Kubas, der Mongolei, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarns ein Abkommen schlossen und in der sie seit 1979 ihre Erkenntnisse über den „Gegner" gemeinsam speicherten. 1984 trat Vietnam dem Datenverbund bei. Der Zentrale Arbeitsapparat des SOUD befand sich beim KGB in Moskau. Von 1979 bis 1987 wurden dort jährlich durchschnittlich 18.500 Datensätze neu eingespeist. Bis Ende 1989 hatte allein das MfS 74.884 Erfassungen von Personen in SOUD veranlasst.[25] Beim BStU überliefert sind lediglich die der Erfassung zugrunde liegenden Datenerfassungsbögen in ca. 67.000 schmalen Heftern der „zentralen Materialablage" der ZAIG.
Ihre Zentrale Personendatenbank (ZPDB) hatte die ZAIG seit den 1970er-Jahren entwickelt, 1981 nahm diese ihre Arbeit auf. Die ZPDB dürfte das größte und wohl auch wichtigste zentrale Datenverarbeitungsprojekt des MfS gewesen sein. Strukturiert nach einem Rahmenthesaurus und mehreren damit verknüpften Teil-Katalogen waren Ende 1989 darin u. a. Datensätze über 1,32 Mio. Personen, 417.000 Sachverhalte, 558.000 Objekte und zahlreiche weiterte damit verbundene Informationen gespeichert.[26] Erhalten blieben davon lediglich die Kataloge sowie Sachakten und unstrukturierte Aufzeichnungen über Entwicklung, Arbeit und Einspeisung der Datenbank.[27]
Die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), zuständig für die Auslandsspionage des MfS, hatte bereits seit den 1960er-Jahren ein eigenes System der Informationsrecherche der Aufklärung, SIRA, mit mehreren Teildatenbanken aufgebaut und 1974 in Betrieb genommen. Gespeichert wurden darin vor allem seit 1969 im Spionagenetz erworbene Informationen, und zwar nicht diese selbst, sondern deren Metadaten: Titel, Quelle, Zeitraum, Art und Umfang, Wertigkeit u. ä. m., zudem Aufträge zur Informationsbeschaffung und Nachweise über Informationslieferungen an die Partei- und Staatsführung der DDR. Zuletzt waren darin ca. 650.000 Datensätze gespeichert. Im Zuge von Systemumstellungen der Datenbank in den 1980er-Jahren separierte Duplikate der Magnetbänder blieben erhalten und ließen beim BStU eine weitgehende Rekonstruktion zu.[28] SIRA bietet damit einen wertvollen Einblick in die Intensität und die Ausrichtung der Informationsbeschaffung der DDR im Westen und zudem Rückschlüsse auf die damaligen Quellen.
Diese (und weitere, hier nicht genannte) Datenbanken belegen eine in den 1980er-Jahren sich abzeichnende deutliche Tendenz zur Ablösung bzw. Ergänzung der bis dahin praktizierten Karteiarbeit durch Datenverarbeitungsprojekte. Die damit verbundenen weitreichenden Planungen bis zum Jahre 2000 und die begonnenen Baumaßnahmen für abstrahlungssichere Räume kamen aber durch das Ende der DDR und des MfS nicht mehr zum Tragen.

Auflösung des MfS – Brüche in der Überlieferung

Die zentralen Karteien des MfS verblieben in der Auflösungsphase 1989/90 grundsätzlich an ihrem Lagerungsort. In einigen Bezirksverwaltungen dagegen wurden die Liegenschaften geräumt. Dort kam es zu Verunordnungen der Karteien und zeitweilig zu unsachgemäßer Lagerung in Bunkern und Garagen. Bei der Auflösung der Diensteinheiten des MfS wurde das mehr oder weniger lose Schriftgut mit Schnüren gebündelt, dezentrale Karteien oft ebenso. Zum Teil gelangten letztere auch in ihren Karteischränken oder in deren herausgezogenen Schubladen zum Abtransport. Alle Unterlagen der Berliner Zentrale wurden im Gebäude des früheren Zentralarchivs[29] des MfS in Berlin-Lichtenberg zusammengeführt. Unter dem Druck der damaligen Ereignisse geriet beim Bündeln, Verladen und Einlagern manches durcheinander – gelegentlich wohl nicht ohne Absicht, es waren MfS-Mitarbeiter, die dies verrichteten. Vertreter des Bürgerkomitees begleiteten diese Arbeiten, konnten durch Kontrollbesuche Auswüchse eindämmen, gezielte Eingriffe aber kaum verhindern.[30]
Die elektronischen Datenträger, also Magnetplattenspeicher, Magnetbänder und Disketten wurden im Februar und März 1990 weitgehend vernichtet. Die Vertreter des Zentralen Runden Tisches hatten sich von dem Argument blenden lassen, dass westliche Geheimdienste einen schnellen Zugriff auf die unrechtmäßig erworbenen, vom MfS gespeicherten Daten haben könnten, für die Aufarbeitung jedoch alles auch in Akten und auf Karteien vorhanden wäre. Sie stimmten einer Vernichtung dieser Datenträger zu.[31] Erst im Zuge der Vernichtungsaktion und in den darauf folgenden Wochen und Monaten erhielten Vertreter des Bürgerkomitees eine Ahnung von den gigantischen Ausmaßen und Verzweigungen des Stasi-Netzes, vor allem aber davon, dass unwiederbringlich Informationen verloren gingen, die eine zügigere Aufarbeitung ermöglicht hätten, und zudem damals sicher geglaubte Karteien und Akten verschwanden.[32]
Denn es gelang dem MfS (mindestens) ein weiterer großer Coup, über den ein Zeitzeuge später berichtete: „Eines Tages stand ein glatzköpfiger Stasi-General vor dem Gremium und sprach mit tränenerstickter Stimme von den Vertrauensleuten der Aufklärung unserer Republik, die unter gefährlichsten Bedingungen für den Frieden gearbeitet hatten. Könnten wir wollen, daß diese Menschen ins Gefängnis kämen, gar von der Todesstrafe bedroht würden? Nein, das wollten wir nicht. Niemand sollte im Gefängnis sitzen oder aufgehängt werden, nur weil er für die Sicherheit unseres Staates gesorgt hatte. Und ein bißchen spioniert wird doch schließlich überall. War das noch Naivität oder schon gezielte Spurenverwischung?"[33] Im Ergebnis hatte die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) von der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches die Genehmigung erhalten, sich selbst aufzulösen. Sie nutzte dies als Freibrief zur weitgehenden Vernichtung all ihrer Unterlagen. Darüber hinaus hatte sie aus

der zentralen Personenkartei F 16 Anfang 1990 alle Karteikarten mit Erfassungen für die HV A entfernen lassen. Damit dies irreversibel blieb, nahmen HV A-Mitarbeiter zudem schon am 28. Dezember 1989 die komplette Sicherungsverfilmung der zentralen Karteien F 16 und F 22 in Beschlag. Vom 6. bis zum 8. April 1990 wurden diese Mikrofilme komplett zerhäckselt.[34]

Das Ausmaß der Vernichtung von Akten, Karteien und elektronischen Datenträgern[35] seit November 1989 ist bisher erst in Grundzügen und für einzelne Diensteinheiten untersucht worden.[36]

FINDMITTEL DES BSTU ALS INSTRUMENT DER AUFARBEITUNG

Ausgangslage nach Behördengründung

Mit der Hypothek einer in Teilen verunordneten, in weiteren wesentlichen Teilen reduzierten und weitgehend unerschlossenen Überlieferung nahm mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 der Sonderbeauftragte für die Stasi-Unterlagen seine Arbeit auf und gewährte seit Dezember 1990 erste Akteneinsichten nach einer vorläufigen Benutzerordnung.[37]

Mit Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 20. Dezember 1991 wurde aus dem Sonderbeauftragten der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Auf dieser Rechtsgrundlage findet seit dem Januar 1992 die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes statt, vor allem aber die Akteneinsicht für jeden Einzelnen, in dessen Leben die Stasi eingegriffen hatte.[38] Das bedeutete: Es blieb keine Zeit, erst alle Unterlagen zu verzeichnen und zu ordnen, Strukturen und Arbeitsweisen zu durchdringen, Informationswege und Ablagesysteme zu rekonstruieren, um dann mit der Aktenbereitstellung zu beginnen. Vielmehr sollte alles sofort, möglichst gleichzeitig stattfinden und vor allem schnell.

Die Karteien des MfS als Bestandteil der Überlieferung mussten dem BStU weiterhin als Findmittel dienen. Dabei waren hohe Anforderungen des Datenschutzes und der rechtlich relevanten Wahrung des Überlieferungszustandes zu beachten: Über die Rekonstruktion von verunordneten Karteien hinaus durften keinerlei Veränderungen oder Korrekturen festgestellter Fehler stattfinden. Vielmehr waren dafür farblich deutlich unterscheidbare Ergänzungskarteikarten des BStU zu verwenden. In Abstimmung mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten kamen dafür curryfarbene Karten zum Einsatz.[39]

Zu den dringlichsten Aufgaben der Archivbereiche der Behörde gehörte es somit, die Zusammenhänge zwischen dem gigantischen Karteiensystem und den überlieferten Aktenmassen zu ermitteln und für die Auskunftserteilung zu nutzen, zudem, soweit möglich, die in beträchtlicher Zahl in Unordnung geratenen Karteien in ihrer Ordnung zu rekonstruieren. Erst vor wenigen Jahren konnten diese Sortierungsarbeiten im Wesentlichen abgeschlossen werden.[40] Nur so konnte der BStU den im Stasi-Unterlagen-Gesetz übertragenen Aufgaben nachkommen.

Trotz der dargelegten Interimslösungen sind der Nutzbarkeit klassischer Karteien für heutige Erwartungen der Auswertung[41] Grenzen gesetzt. Zudem gebietet die archivarische Verantwortung für die Erhaltung der anvertrauten Unterlagen, insbesondere der Karteien, diese nicht durch stetige Weiternutzung zu verschleißen. Seit der Mitte der 1990er-Jahre wurden darum verschiedene digitale Lösungen erarbeitet, die im nächsten Abschnitt vorgestellt werden sollen.

22 „SOUD" kam aus dem Russischen und stand für „Sistema odjedinnjonnogo utschjota dannych o protiwnike".
23 „SIRA" stand für „System der Informationsrecherche der Aufklärung".
24 Gegründet mit Befehl Nr. 279/53 v. 07.08.1953. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 183; über Aufgaben und Verantwortlichkeiten u. a. in BStU, MfS ZAIG Nr. 7828; weiterführend siehe: Roland Lucht: Mit Propaganda in den Untergang. Über die Informationstätigkeit des MfS an die Partei- und Staatsführung der DDR, (unveröffentl. Manuskript) Potsdam 2006; Daniela Münkel: Die DDR im Blick der Stasi 1989, in: Archiv für Politik und Zeitgeschichte 21-22/2009, S. 26-32; siehe auch die Editionsreihe des BStU: Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009 ff., bisher erschienen die Jahresbände für 1961, 1976 und 1988.
25 Bodo Wegemann/Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems (Analysen und Berichte 1/96), Berlin 1996, insbes. S. 7, 63 u. 70.
26 Stephan Konopatzky: Zentrale Personendatenbank, in: Roger Engelmann u. a. (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011, S. 350-351.
27 Eine aktuelle Recherche in der Datenbank Sachaktenerschließung des BStU zeigte 2260 Akteneinheiten mit Betreffen ZPDB an.
28 Jochen Hecht: „Rosenholz" und SIRA – archivalische Quellen zur Geschichte der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des MfS, in: Dagmar Unverhau (Hrsg.): Hatte „Janus" eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 6). Münster 2003, S. 99-112; Stephan Konopatzky: SIRA, in: Engelmann u. a. (Hrsg.), Das MfS-Lexikon (s. Anm. 25), S. 272-273.
29 Über Planung, Bau und Arbeit des ehemaligen Zentralarchivs der Staatssicherheit siehe nun Karsten Jedlitschka: Allmacht und Ohnmacht. Das Zentralarchiv der Staatssicherheit, in: Archive unter Dach und Fach. Bau, Logistik, Wirtschaftlichkeit. 80. Deutscher Archivtag in Dresden 2010, Red. Heiner Schmitt (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 15. Fulda 2011, S. 175-192.
30 Erster Tätigkeitsbericht des BStU 1993, S. 25-31.
31 Uwe Thaysen (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tische der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Band III: Neuer Machtkampf. Wiesbaden 2000, S. 752-756 u. 872-874; ebd. Band V: Dokumente, Wiesbaden 2000, S. 205, 347 u. 390-393.
32 Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Berlin 1991, S. 112-116.
33 Stefan Wolle: Mutti, Mutti! Er hat gar nicht gebohrt. Oder: Der Preis der friedlichen Revolution, in: Horch und Guck 28/1999, S. 62-64.
34 Matthias-Domaschk-Archiv, ASTAK BK 6-1: Abschlußbericht über die Auflösung der Abt. XII v. 09.03.1990, Anlage 7: Protokoll v. 28.12.1989 u. ebd., Vermerke v. 06.04. u. 11.04.1990.
35 Trotz der umfassenden Vernichtungen ließen sich nicht nur wie oben dargestellt die SIRA-Teildatenbanken rekonstruieren, insgesamt sind Fragmente vom 44 Datenbankprojekten überliefert und konnten beim BStU nutzbar gemacht werden.
36 Dagmar Unverhau: Zerreißen, vernichten, verlagern, verschwinden lassen – Die Aktenpolitik der DDR-Staatssicherheit im Zeichen der „Wende" 1989, in: Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtages 2001 in Cottbus (Der Archivar. Beiband 7). Siegburg 2002, S. 174-210; Roland Lucht: „Ablagen liquidieren – ‚spezifische' Vorgänge tragfähig gestalten". Schriftgutvernichtungen des MfS während der „Wende" und der Auflösungsphase der Staatssicherheit, in: Unverhau (Hrsg.), Hatte Janus eine Chance (s. Anm. 27), S. 81–97.
37 Weiterführend bei Jörg Pietrkiewicz: Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes und die „Vorläufige Ordnung für die Nutzung personenbezogener Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (Vorläufige Benutzerordnung)" vom 12.12.1990, in: Dagmar Unverhau (Hrsg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 2), 2. durchges. Auflage. Münster 2003, S. 57-67.
38 Von 1991 bis zum Juni 2011 gingen beim BStU 6,63 Mio. Anträge und Ersuchen ein, darunter 2,79 Mio. Anträge von Bürgern auf Auskunft, Akteneinsicht und Herausgabe von Kopien. www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehoerde/BStUZahlen/_node.html v. 24.08.2011; weiterführende statistische Daten siehe unter www.bstu.bund.de/DE/Archive/UeberDieArchive/Ueberlieferungslage-Erschliessung/ueberlieferungsinhalte_inhalt.html (24.08.2011).
39 Vertiefend bei Dagmar Unverhau: Archivarbeit unter den Erfordernissen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und des Datenschutzes, in: dies. (Hrsg.), Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (s. Anm. 36), S. 169 – 182; Birgit Salamon: Die Archive der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU). Die archivfachliche Arbeit an den MfS-Geheimdienstunterlagen. Fragen und Herausforderungen, in: Der Archivar. 55, 2002, 3, S. 203-207.
40 Die Karteien wurden unter Berücksichtigung der sach- und strukturbezogenen Inhalte schrittweise nutzbar gemacht und kontinuierlich in die Auskunftserteilung einbezogen. Siebenter Tätigkeitsbericht der BStU, Berlin 2005, S. 29.
41 Z. B. für statistische oder sozialwissenschaftliche Fragestellungen.

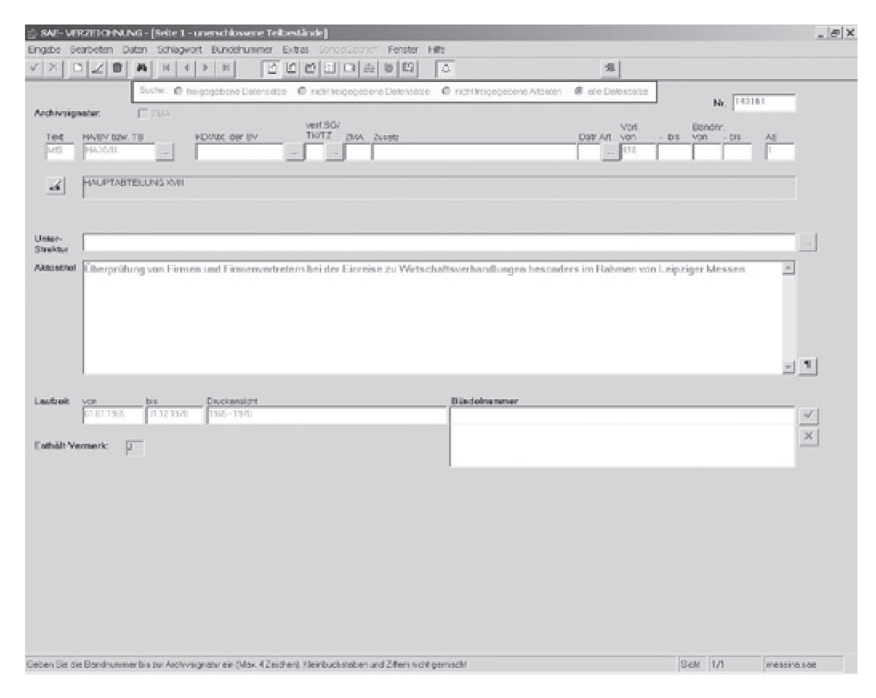


Abb. 6: Verzeichnungsmaske SAE zur Erschließung der Unterlagen der Diensteinheiten, hier ein Beispiel aus der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft)

Elektronisches Personenregister und Sachaktenerschließungsprogramm

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit in den Anfangsjahren bestand vor allem darin, die archivierten Unterlagen mit Personenbezug durchgängig recherchierbar zu machen. Die Recherche erfolgte zunächst weitgehend über die erhalten gebliebenen zentralen Karteien des MfS (s. o.).

Im Jahr 1993 fiel die Entscheidung zur Einführung der Datenbank Elektronisches Personenregister (EPR), in die Personendaten aus den dezentral geführten MfS-Karteien sukzessive eingegeben wurden. Damit brauchten Recherchen nicht mehr in jeder einzelnen Kartei stattfinden, vielmehr fungiert das EPR als eine Art Vorfilter.

Seit Ende 1993 werden zudem Fundstellen zu Personen in die Datenbank aufgenommen, zu denen Material im Rahmen der begonnenen archivischen Erschließung (s. u.) gefunden wurde. Voraussetzung für die Übernahme der Personendaten in das EPR ist das Vorliegen relevanter Aussagen in den Unterlagen und das Vorhandensein eindeutiger Personendaten zu der Person (Namen, Vornamen, Geburtsdatum sowie ggf. zusätzliche Angaben wie Geburtsort und Personenkennzahl), um diese eindeutig identifizieren zu können. Diese Maßgabe geht auf Forderungen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz zurück. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, werden die vorhandenen Daten mit der vergebenen Archivsignatur in das EPR eingegeben. Die erfassten Angaben ermöglichen eine elektronische Recherche über eine Vielzahl von Karteiinformationen. Falls sich Fundstellen zu einer Person ergeben, werden diese auf einem behördeninternen Recherchebogen vermerkt. Somit lassen sich die anschließenden manuellen Karteirecherchen gezielt auf die Personen beschränken, für die zuvor Fundstellen nachgewiesen werden. Mit diesem Informationspool erweitern sich außerdem die Auskunftsmöglichkeiten über die Daten, die zu Einzelnen vom MfS gesammelt worden waren, erheblich. Das EPR entwickelte sich im Laufe der Zeit zur umfangreichsten Datenbank des BStU. Nach Einführung in der Zentralstelle wurden in den Folgejahren gleichartige Programme auch in allen Außenstellen installiert. In der Zentralstelle umfasst diese Datenbank zurzeit ca. 9 Millionen Datensätze, in den Außenstellen insgesamt ca. 14 Millionen Datensätze, die Eingabe weiterer Karteien wird fortgeführt.

Die in den Archiven des BStU aufbewahrte Überlieferung der DDR-Geheimpolizei gliedert sich wie bereits erwähnt in zwei Bereiche: Das sind zum einen die vom MfS archivierten Ablagen, die über die beschriebenen Zentralen Karteien, also über F 16 und F 22, zugänglich sind (ca. 51 km) und zum anderen die Teilbestände der Diensteinheiten, die vor allem in Bündeln vorlagen. Zu den Teilbeständen der Diensteinheiten gehören all jene Unterlagen, mit denen bis zum Ende des Staatssicherheitsdienstes aktiv gearbeitet wurde (ca. 48 km Akten und 12 km Karteien). Das zum großen Teil in Form von losen Blättern überlieferte Schriftgut der Diensteinheiten ist im Zuge der Auflösung des MfS nach MfS-Strukturen gebündelt worden. Diese Bündel sind nach wie vor aufwändig zu ordnen und in ihren Überlieferungszusammenhang zu stellen. Ein Zugriff auf sie war zunächst weder personen- noch sachbezogen möglich. Neben dem personenbezogenen Zugang zu den vom MfS archivierten Unterlagen war es dringend geboten, die Überlieferung auch thematisch recherchierbar zu machen. Unabdingbare Voraussetzung für eine umfassende Nutzung war und ist die archivische Erschließung der Unterlagen der Diensteinheiten. Daher wird der Erschließung dieser Unterlagen seit Bestehen des BStU nach festgelegten Kriterien hohe Priorität beigemessen.[42]

Nachdem die Verzeichnung zunächst mit einfachen, per Hand beschriebenen Karteikarten erfolgte, begann Ende der 90er Jahre die Erschließung mit einer eigens vom BStU entwickelten IT-Fachanwendung unter dem Namen Sachaktenerschließungsprogramm (SAE, Abb. 6).

Neben dem thematischen Zugang erfolgt mit dem SAE auch die personenbezogene Erschließung der Unterlagen einschließlich der Übertragung von Personendaten in das EPR. Recherchiert werden kann in der Datenbank über die Klassifikation, über diverse Register wie z. B. den Sachindex und über Volltextsuche. Das Programm fördert die formale Einheitlichkeit der Erschließungs- und Rechercheprozesse in den Archivbereichen und ermöglicht es, Rechercheaufträge effizient zu bearbeiten. Aktuell sind ca. 621.000 Datensätze in SAE erfasst, die für die Recherche freigegeben sind. Der Zugang zum EPR und zum SAE ist aus Datenschutzgründen nur für Behördenmitarbeiter möglich, die auch die von Antragstellern gewünschten Recherchen durchführen. Externe Nutzer können sich über die Erschließungsergebnisse in Form von teilbestandsbezogenen Findbüchern/Aktenverzeichnissen im Internet informieren bzw. werden intensiv vor Ort beraten. SAE soll in einigen Jahren durch ein neues System abgelöst werden (s. u.).

Weitere Datenbanken des BStU

Um das hohe Arbeitsaufkommen und die anhaltend hohe Zahl von Anträge auf Akteneinsicht und Überprüfung bewältigen zu können, setzte die Behörde, wie die Beispiele SAE und EPR zeigen, von Beginn an auf die Unterstützung der Arbeit durch Informationstechnik (IT).
Im Laufe der Zeit wurden verschiedene weitere IT-Verfahren zur Verbesserung und Beschleunigung der Aufgabenerledigung entwickelt und eingesetzt. In den Registraturverfahren Zentralregistratur und Vorgangsverfolgung beispielsweise werden die wesentlichen Daten eines Antrages erfasst sowie Vordrucke für die Karteirecherche und die Eingangsbestätigung für den Antragsteller erstellt. Mehrfachanträge zur selben Person werden automatisch identifiziert. Darüber hinaus protokolliert das System die einzelnen Schritte und den Stand bei der Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen. Diese Daten dienen gleichzeitig einer qualifizierten Statistik. Als erster Schritt der Antragsbearbeitung wird zunächst eine Personenrecherche in allen bislang DV-erfassten Karteien und Dateien vorgenommen. Durch einen automatischen Datenabgleich (ADA), der bei personenbezogenen Anfragen allen manuellen und Terminalrecherchen zentral vorgeschaltet ist, werden in der Zentralregistratur des BStU Verknüpfungen zu allen IT-erfassten personenbezogenen Daten der verschiedenen Datenbanken und zur manuellen Recherche hergestellt. Der Datenabgleich liefert relevante Fundstellen in den wichtigsten Datenbanken der Behörde, beinhaltet damit quasi eine Vorstufe zu den folgenden aufwendigen manuellen Recherchen in den zentralen und dezentralen Karteien des MfS.
Daten, die dabei schwerpunktmäßig abgefragt werden, sind u. a.: Angaben zu ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS und des Stasi-Wachregiments, auch zu hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern (HIM) und zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) sowie Daten aus SAE und EPR. Darüber hinaus können Angaben aus weiteren Spezialdateien abgefragt werden (z. B. aus Personendaten aus der Erschließung der Bild- und Tonunterlagen). Eine weitere in diesem Zusammenhang geführte Datenbank umfasst die sogenannten Rosenholz-Dateien. Diese beziehen sich auf die inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Auslandsspionage HV A sowie auf Personen, die aus ihrem Umfeld stammten.[43]
Insbesondere in Außenstellen des BStU, deren MfS-Decknamenkartei (F 77, s. o.) vernichtet wurde, werden Karteirecherchen zur Decknamenentschlüsselung seit einigen Jahren mit Hilfe des IT-Verfahrens KARDE (Kartei Decknamen) unterstützt. Durch das Lesen von IM-Akten vor der Bereitstellung für die Nutzer werden wichtige Daten zur Registrierung, zu Decknamen, aber auch Personengrunddaten bekannt, die aufgrund der Speicherung in der Datenbank nun für Auskünfte und insbesondere für die Decknamenentschlüsselung zur Verfügung stehen. Weitere Grundlage sind Daten aus der Vorgangskartei F 22 (s. o.). Zurzeit sind ca.11.000 Datensätze in KARDE erfasst, die für die Recherche freigegeben sind. Da die in dieser Datenbank erfassten Angaben sich auch für anders geartete Recherchen und Auskünfte, etwa zu allgemeinen Strukturen der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes, eignen, wird das Verfahren in weiteren Außenstellen bereits genutzt oder zur Anwendung vorbereitet.[44]
Neben den bisher beschriebenen Findmitteln werden vorrangig bei thematischen Recherchen die Datensammlungen des SAE und die Dokumentensammlung (DOSA) berücksichtigt. Die Diensteinheit Büro der Leitung des MfS sammelte und verwahrte die zentral erlassenen dienstlichen Bestimmungen. Diese Befehle, Dienstanweisungen, Richtlinien und Ordnungen mit Weisungscharakter wurden ergänzt durch Anordnungen vor allem der Ministerien des Innern und für Nationale Verteidigung. Die Dokumente sind bis auf wenige Ausnahmen sachbezogen, enthalten also wenige Personenangaben. Sie vermitteln einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung von Aufgaben und Strukturen innerhalb des MfS.
Grundlage für das vom BStU konzipierte IT-Verfahren war eine vom MfS nach „Verfassern" bzw. Herausgebern angelegte Dokumentenkartei, die sich allerdings für die gegenwärtige Aufgabenerfüllung als unpraktisch erwies. Wegen der unzureichenden Datenbasis entschloss sich der BStU so auch zu einer Neuverzeichnung der Einzeldokumente, die in der Zentralstelle mittlerweile abgeschlossen werden konnte.
Die vom MfS zentral erlassenen Bestimmungen wurden häufig in den Bezirksverwaltungen durch eigene Festlegungen regional umgesetzt. Dies ist bedeutsam, da diese Dokumente in Verbindung mit anderen Unterlagen die Ausrichtung und Verwirklichung der territorialen Strukturen der Staatssicherheit aufzeigen. Aus diesem Grund wurden auch von den Außenstellen eigene Datenbanken DOSA angelegt. Insgesamt enthalten die Datenbanken DOSA ca. 76.000 Datensätze.

42 Erschließungsstand bei den Teilbeständen der Diensteinheiten liegt bei ca. 85 Prozent. Die archivische Erschließung der archivierten Ablagen war gegenüber den Unterlagen der Diensteinheiten zurückgestellt worden, da ja bereits ein personenorientierter Zugriff über die Karteien F 16 und F 22 möglich war. Thematisch sind davon bislang etwa vier Prozent erschlossen worden. Da der Erschließungsstand bei den Unterlagen der Diensteinheiten insgesamt mittlerweile weit fortgeschritten ist, wird nunmehr auch an einer Konzeption für die thematische Erschließung der archivierten Ablagen gearbeitet.

43 Birgit Salamon: Archive – Gedächtnis und Mittel der Wahrheits- und Gerechtigkeitsfindung. Bewertung und Kassation in den Archiven des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), in: Horch und Guck 48/2005, S. 21-23.

44 Im Wesentlichen sind dies die Außenstellen Erfurt, Frankfurt (Oder), Leipzig, Magdeburg, Rostock und Suhl.



Abb. 7: Die Bestandsübersichten (hier ein Auszug) bieten einen Überblick über die vom BStU verwalteten Bestände

01 Leitung und Planung

01.01 Leitung, Zusammenarbeit

Archivsignatur	Inhalt	Laufzeit
67	Handlungen zur Abwehr von operativ bedeutsamen Gewaltakten gegen die Dienstobjekte des MfS	1984
9	Festlegungen der BV Rostock, Selbständiges Referat (SR) Bewaffnung und Chemischer Dienst zum Waffengebrauch sowie Arbeitshefter des Waffenwartes Enthält u. a.: Waffenschrank im Zimmer des OdH. - Nachweiskarten und Übergabeprotokolle für Waffen, Munition und Geräte. - Ständige Waffenträger in der KD.	1977 - 1989
154	Diplomarbeit über die Aufgaben und Maßnahmen einer Kreisdienststelle zur Arbeit am Ereignisort und zur Durchsetzung der operativen Interessen des MfS bei der Ereignisortuntersuchung	1987
138	Diplomarbeit über Probleme der zweckmäßigen Informierung des Leiters der Kreisdienststelle Ribnitz-Damgarten am Beispiel der Erarbeitung eines Informators im Rahmen der politisch-operativen Lageeinschätzung	1987
74	Schreiben des Selbständigen Referates (SR) Bewaffnung und Chemischer Dienst der BV zum Umgang mit Reizstoffspray und zum Gefechtsdienst	1987
20	Zukünftige Struktur des Kreisamtes für Nationale Sicherheit (KAfNS) Ribnitz-Damgarten Enthält: Beratungsprotokolle. - Fernschreiben. - Mitarbeiteraufstellungen.	1989
101	Kaufverträge und Belege für Beleuchtungssätze aus dem	1989

Abb. 8: Beispiel für ein Aktenverzeichnis, hier aus der Außenstelle Rostock zu den Unterlagen der Kreisdienststelle Ribnitz-Damgarten (Auszug)

Findmittel des BStU im Internet

Ein aktueller Schwerpunkt der Aktivitäten der Archivbereiche liegt neben der Erschließung und Recherche auf der Veröffentlichung weiterer Findmittel, in erster Linie durch Bereitstellung der Informationen im Internet. Mit diesen werden die erschlossenen Unterlagen der zentralen wie der regionalen Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes vorgestellt, nachdem sich das Internet mit seinen Recherchemöglichkeiten für interessierte Laien wie auch für Wissenschaftler als geeignete Informationsquelle etabliert hat. Einen grundlegenden Überblick über sämtliche in der Behörde verwalteten Bestände vermitteln zunächst die Bestandsinformationen des BStU, also Beständeübersichten im Internet, die wesentliche Erkenntnisse aus dem Erschließungsprozess widerspiegeln und regelmäßig aktualisiert werden (Abb. 7). Darüber hinaus schuf die siebte StUG-Novellierung 2006 die Voraussetzung für eine breitgefächerte Veröffentlichung von archivischen Findmitteln im Internet. Seitdem folgt der BStU dem Trend anderer staatlicher und nichtstaatlicher Archive, Erschließungsergebnisse kontinuierlich auf diesem Weg zu publizieren.[45]
Für die Zentralstelle liegen bisher sechs Findmittel zur Vorstellung kompletter Teilbestände vor. Ein zusammenfassendes Findbuch zu den Sekretariaten der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz , ein Findbuch zur Abteilung X (Internationale Verbindungen) sowie ein Findbuch zum „Archivbestand 2, Allgemeine Sachablage". Diese drei Findbücher liegen auch in gedruckter Form vor.[46] Zu den Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) existieren zwei Findmittel: das Aktenverzeichnis zu den Unterlagen der HV A und eine Übersicht zu den Ausgangsinformationen der HV A, also den für die Regierungs- und Parteispitze zusammengestellten Ergebnissen der Westspionage. Hinzu kommt ein 2009 vorgestelltes Verzeichnis der Filme und Videos des Ministeriums für Staatssicherheit.[47] Das Verzeichnis umfasst die Titel und Kurzangaben zu den archivwürdigen Filmen und Videos der Zentrale des MfS und sämtlicher Bezirksverwaltungen mit Ausnahme der Filme und Videos privater Herkunft.
Parallel dazu wurde eine Reihe von Aktenverzeichnissen der Außenstellen zu Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen veröffentlicht. Bisher standen dabei die Aktenverzeichnisse der Diensteinheiten der Bezirksverwaltung Neubrandenburg und deren Kreisdienststellen im Mittelpunkt. Neben zehn Diensteinheiten und der Leitung der Parteiorganisation liegen zu allen dortigen Kreisdienststellen Verzeichnisse vor. Hinzu kommen Übersichten zu den Unterlagen weiterer Bezirksverwaltungen: Von Rostock liegen bereits mehrere Verzeichnisse zu den Diensteinheiten der Bezirksverwaltung vor, Übersichten zu einigen Kreisdienststellen treten hinzu (Abb. 8). Auch zur Überlieferung der Bezirksverwaltungen Chemnitz, Cottbus, Frankfurt/Oder, Gera, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg sind Verzeichnisse im Netz veröffentlicht. Seit 2010 wird die Darstellung abgerundet durch die Einstellung von ausgewählten Beispielen personenbezogener MfS-Karteien aus Teilbeständen der Zentralstelle mit Abbildungen und Erläuterungen. Die entsprechende Webseite umfasst bisher Beispiele aus den Diensteinheiten Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher), Hauptabteilung (HA) VII (Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei), HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), HA XXII (Terrorabwehr), HA Kader und Schulung sowie aus dem Büro der Leitung und der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (Abb. 9). Zu beachten ist, dass es bei allen Teilbeständen noch zu Zuwächsen beispielsweise durch Rückführungen und Bestandsbereinigungen kommen kann[48], auch durch die Rekonstruktion der vom MfS vorvernichteten Unterlagen (zerrissene Materialien in Säcken[49]). Aus diesem



Abb. 9: Startseite für die Karteibeispiele (Auszug). Auf dieser Seite präsentiert der BStU ausgewählte personenbezogene MfS-Karteien

Grund und wegen der noch ausstehenden endgültigen archivischen Bewertung der Unterlagen sind die hier angesprochenen Findmittel als vorläufig anzusehen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang weiterhin eine von der früheren Außenstelle des BStU in Potsdam erstellte detailreiche und illustrierte Übersicht über alle wichtigen Karteien, die beim MfS geführt wurden.[50]

Darüber hinaus werden MfS-Unterlagen auch außerhalb der Internetseiten des BStU online präsentiert. So werden beispielsweise die Bestände der Thüringer Außenstellen im Archivportal Thüringen, das von der Archivberatungsstelle beim Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar betrieben wird, vorgestellt.[51] Der BStU beteiligt sich mit verschiedenen Findbuchdateien am Archivportal „SED-/FDGB-Archivgut". Bei diesem Portal handelt es sich um ein Kooperationsprojekt des Bundesarchivs mit den Landes- und Staatsarchiven der neuen Bundesländer und des Landes Berlin. Der BStU hat hierzu eine Online-Beständeübersicht zu im MfS-Überlieferungsbereich enthaltenen Unterlagen von SED und FDGB erstellt, die seit Herbst 2009 in den Online-Auftritt des Netzwerks „SED-/FDGB-Archivgut" eingebunden ist. [52] Den größten Anteil bildet dabei die Überlieferung zur SED-Kreisleitung und zum FDGB-Kreisvorstand im MfS. Weitere Erschließungsangaben betreffen die Bestände Leitung der Parteiorganisation in den MfS-Bezirksverwaltungen Gera und Neubrandenburg. Durch die Mitarbeit am Archivportal wurden erstmals BStU-Findmittel im Verzeichnungs- und Präsentationsstandard EAD (Encoded Archival Description) erstellt, welcher

45 Zu aktuellen Trends im Internet Mario Glauert: Archiv 2.0. Vom Aufbruch der Archive zu ihren Nutzern, in: Archive im digitalen Zeitalter. Überlieferung – Erschließung – Präsentation. 79. Deutscher Archivtag in Regensburg, Red. Heiner Schmitt (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 14). Fulda 2010, S. 43-54.

46 Abteilung Archivbestände der BStU (Hrsg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage" des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Joachim Franke (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 4), Münster 2001; dies.: Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X „Internationale Verbindungen" des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Marko Pollack und Doreen Bombitzki (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 8), Münster 2005; dies.: Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 10), Münster 2008.

47 Vorstellung eines Teils der Findmittel erfolgte auf öffentlichen Veranstaltungen des BStU, siehe u. a.: Karsten Jedlitschka: Archivtagung „Erschließung und Zugang" im Archiv der BStU-Zentralstelle, in: Der Archivar 61 (2008), S. 394; Ralf Blum/Karsten Jedlitschka: Filme der Staatssicherheit – Viertes Nutzerforum der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in: Der Archivar 62 (2009), S. 426-427.

48 Siehe dazu bald: Karsten Jedlitschka/Stephan Wolf: 20 Jahre Bewegung. Bestandszuwächse und Abgaben in den Archiven des BStU, in: Archivalische Zeitschrift 92, 2011 [im Druck].

49 Andreas Petter: Die Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen. Ursachen und Perspektive einer besonderen Fachaufgabe, in: Journal der juristischen Zeitgeschichte 2/2009, S. 61-64; Giselher Spitzer: Überlegungen zum Quellenwert „vorvernichteter" Stasi-Unterlagen für die politisch-historische Aufarbeitung. Diskussion ausgewählter Dokumente und Ergebnisse einer Umfrage bei Experten, in: ders./Johannes Weberling (Hgg.): Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter" Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik, 2. Aufl. Berlin 2007, S. 56-94.

50 Alle Findmittel sind zu erreichen über www.bstu.bund.de/DE/Archive/Findmittel/_node.html (17.08.11).

51 Vgl.: www.archive-in-thueringen.de/index.php?major=archiv&action=list&object=archivart&id=8 (17.08.11).

52 Vgl.: www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/bestaendelisten.html (17.08.11).

sich als fachliches Austauschformat im internationalen Maßstab etabliert hat.
Festzuhalten bleibt: Durch die Vielzahl der neu entstandenen bzw. inzwischen erschlossenen Findmittel, z. B. die vorgenannten „Rosenholz"- Datenbank und die SIRA-Teildatenbanken konnten in den letzten Jahren viele auch durch bewusste Vernichtung fehlende Erfassungen in den zentralen Karteien der Zentralstelle und in weiteren Datenbank ergänzt werden. Die vervollständigten Datenbanken ermöglichen schnellere und genauere Karteirecherchen. Der in den letzten Jahren erfolgte starke Ausbau der Internetseiten der BStU-Archive ermöglicht es zudem, eine breite Öffentlichkeit, zu der mehr und mehr auch ausländische Nutzer zählen, über die Arbeitsergebnisse zu informieren.[53]

AUSBLICK

Die beschriebene Präsentation im Internet wird kontinuierlich ergänzt, um weitere erschlossene Überlieferungen vorzustellen. Dies gilt besonders für die Unterlagen solcher Diensteinheiten und Bezirksverwaltungen, die bisher noch nicht mit Übersichten im Internet vertreten sind.
Zu beobachten ist außerdem ein Anstieg der Anzahl von Nutzungsanträgen zu den bereits eingestellten Findmitteln – ein Trend, der sich in Zukunft noch verstärken dürfte.
Auch nach dem im Frühjahr 2011 erfolgten Relaunch (Neugestaltung) des Internetauftritts des BStU arbeitet die Behörde an der weiteren Verbesserung der Online-Präsentation. Vorgesehen ist außerdem eine verstärkte Einbringung der Unterlagen in nationalen wie internationalen Fremdportalen.
Mittel- bis langfristig gesehen, hängt der Ausbau der Findmitteldarstellungen von der weiteren Entwicklung der IT-Infrastruktur der Behörde ab. Die bestehende Datenbank zur Sachaktenerschließung (SAE) wird in einigen Jahren durch die beim Bundesarchiv entwickelte Archivverwaltungssoftware BASYS 2 abgelöst, die um die Verwaltung von Digitalisat-Informationen erweitert werden soll. Auch die Magazinverwaltung, für die der BStU angesichts der Sensibilität der Unterlagen ein eigenes IT-Verfahren Aktenausleihe Magazin (AMAG) zum lückenlosen Nachweis von Ausgabe und Rückgabe von Archivunterlagen entwickelte, wird in der neuen Software enthalten sein. AMAG enthält zurzeit ca. 4,3 Millionen Datensätze. Mehr als nur eine Randbemerkung soll bei dieser Gelegenheit auch der Hinweis auf die effiziente und zukunftsorientierte Kooperation mit dem Bundesarchiv sein.
Die in einem Lastenheft von 2009 zusammengefassten Anforderungen des Fachbereichs enthalten auch konkrete Aussagen zur Ausgabe und Darstellung der Erschließungsergebnisse und Findmittel. Die produzierten Findmittel sollen z. B. auf vielfältige Weise nachträglich zu bearbeiten sein. Neben den bereits obengenannten Findmitteln sollen z. B. auch Inventare hergestellt werden können.
Auch bestehen hinsichtlich der Registerbildung und der Findbucheinleitung vielfältige Möglichkeiten, Informationen aus verschiedenen Verzeichnungsebenen zu nutzen (auch für die Darstellung der Behörden- u. Bestandsgeschichte). Zusätzlich zur Produktion von PDF-Dokumenten sollen auch Datenausgaben in den Formaten HTML und XML möglich sein.
Neben der Übernahme von BASYS ist weiterhin u. a. die Speicherung und Verwaltung von digitalen Objekten geplant, ebenso die Vorbereitung einer Infrastruktur für digitale Langzeitarchivierungsobjekte und geeigneter Nutzungs- und Präsentationsformen nach archivischen Standards, um die Kompatibilität mit anderen Archiven bzw. Archivverbünden zu ermöglichen.
Vielleicht lassen sich die Ergebnisse der Darstellung so zusammenfassen: Die Zukunft der Findmittel liegt in der digitalen Welt. Leicht verfügbare und aktuelle Übersichten der vorhandenen Unterlagen und Bestände sowie breite Möglichkeiten der Auswertung in Verbindung mit einem möglichst offenen Zugang können für die weitere Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdiensts nur förderlich sein. 1989/90 wurde die Vernichtung gestoppt, der singuläre Aktenbestand einer kommunistischen Geheimpolizei konnte gerettet und der Aufarbeitung und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden. Je weiter und breiter wahrnehmbar dies erfolgt, desto besser. Neben den konventionellen, ausgedruckten Findmitteln des BStU, die im Lesesaal der Behördenbibliothek in Berlin-Mitte[54] eingesehen werden können, bietet das Internet perfekte Möglichkeiten, um der einst drohenden Vernichtung historischer Zeugnissen der Diktaturgeschichte, wie sie das MfS beabsichtigte, ein wahrnehmbares Zeichen entgegenzusetzen. Zu beachten sind dabei freilich die Rahmenbedingungen, die aufgrund der Sensibilität der Unterlagen durch den Datenschutz und ein eigenes Spezialgesetz bestimmt werden, das den „normalen" Archivgesetzen vorgeht. Wesentlicher Leitgedanke ist dabei weiterhin der Schutz aller Opfer der Staatssicherheit.
Und Joseph Fouché? Im Gegensatz zur Staatssicherheit gelang dem französischen Polizeiminister sein Vernichtungswerk: „Also ins Feuer mit den Listen. [...] Blitzschnell leeren sich die Kartons. Die kostbaren Verzeichnisse mit den Namen der auswärtigen Royalisten, der Geheimkorrespondenten, verschwinden, künstlich wird überall Unordnung erzeugt, die Registratur zerstört. [...] Vier Tage, vier Nächte raucht der Kamin, vier Tage und vier Nächte dauert diese Teufelsarbeit. Und ohne dass jemand im Umkreis das geringste ahnt, flattern die Geheimnisse des Reichs als unfassbare Materie zum Rauchfang hinaus".[55] ■

Ralf Blum/Roland Lucht,Berlin

[53] Vgl. dazu den Reader des Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden, unter: www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehoerde/AufarbeitungImAusland/Download%20Reader.pdf?__blob=publicationFile (17.08.11).
[54] Die Hausanschrift lautet: Karl-Liebknecht-Straße 31/33, 10178 Berlin.
[55] Zweig, Joseph Fouché (s. Anm. 1), S. 196.